



# Amtliche Bekanntmachungen

Herausgegeben im Auftrag des Präsidenten der Hochschule Niederrhein

---

41. Jahrgang

Ausgegeben zu Krefeld und Mönchengladbach am 20. Dezember 2016

Nr. 53

---

## Inhalt

Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaft, Steuern und Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftsinformatik an der Hochschule Niederrhein vom 7. Dezember 2016

**Ordnung**  
**zur Änderung der Prüfungsordnung für die Bachelorstudiengänge**  
**Betriebswirtschaft, Steuern und Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftsinformatik**  
**an der Hochschule Niederrhein**

**Vom 7. Dezember 2016**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Artikels 1 des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Niederrhein die folgende Änderungsordnung erlassen:

**Artikel I**

Die Prüfungsordnung für die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaft, Steuern und Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftsinformatik an der Hochschule Niederrhein vom 21. März 2012 (Amtl. Bek. HN 2/2012), zuletzt geändert durch Ordnung vom 21. Juli 2014 (Amtl. Bek. HN 24/2014), wird wie folgt geändert:

**1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:**

a) § 8 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 8 Anerkennung von Prüfungsleistungen und außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen“

b) Anlage IV wird gestrichen; die bisherige Anlage V wird Anlage IV.

**2. § 1 wird wie folgt geändert:**

a) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Innerhalb des Bachelorstudiengangs Betriebswirtschaft (Vollzeit-Studiengang) wird als Studiengangsvariante das Deutsch-Finnische Studienprogramm International Business angeboten.“

b) Die Absätze 3 und 4 werden gestrichen; die bisherigen Absätze 5 und 6 werden Absätze 3 und 4.

**3. § 3 wird wie folgt geändert:**

a) Nach Absatz 7 wird folgender neuer Absatz 8 eingefügt:

„(8) Studienbewerber, die ihre Zugangsvoraussetzungen nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, müssen die für den Studiengang erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen. Als Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse werden insbesondere folgende Zertifikate anerkannt:

- TestDaF (Test Deutsch als Fremdsprache), mindestens Stufe 4 in allen Teilen
- Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH-2)
- Deutsches Sprachdiplom, Stufe II (KMK)
- Goethe-Zertifikat C2: GDS (ab 2012)
- Kleines Deutsches Sprachdiplom des Goethe-Instituts (bis 2012)
- Zentrale Oberstufenprüfung des Goethe-Instituts (bis 2012)“

b) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9.

c) Absatz 9 (neu) wird nach Satz 1 wie folgt neu gefasst:

„Der Zugang zum Studium ist ferner ausgeschlossen, wenn

1. die Prüfung an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem Studiengang endgültig nicht bestanden wurde, der eine erhebliche inhaltliche Nähe zu dem hier geregelten Studiengang aufweist, und

2. die betreffende Prüfung auch nach dieser Prüfungsordnung verpflichtend zu absolvieren ist.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Praxisphase“ die Worte „oder Praxisphasen“ eingefügt und die beiden Klammern durch Kommata ersetzt.
- b) In Absatz 8 werden die Worte „Anlagen Ia – V“ durch die Worte „Anlagen Ia bis IV“ und das Komma nach den Worten „(Prüfungs- und Studienpläne)“ durch einen Punkt ersetzt.

5. In § 5 Abs. 1 werden die Worte „(Anlagen Ia – V)“ durch die Worte „(Anlagen Ia bis IV)“ ersetzt und nach dem Wort „Praxisphase“ die Worte „oder Praxisphasen“ eingefügt.

6. § 6 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

„(3) Der Prüfungsausschuss ist in der Regel beschlussfähig, wenn neben dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem weiteren Professor mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. In Angelegenheiten, in denen gemäß den Sätzen 6 und 7 nicht alle Mitglieder stimmberechtigt sind, ist der Prüfungsausschuss beschlussfähig, wenn neben dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Mindestens die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder müssen Professoren sein. Der Prüfungsausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie der wissenschaftliche Mitarbeiter wirken bei der Anerkennung von Prüfungsleistungen und außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen und der sonstigen Beurteilung von Prüfungsleistungen nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder nicht teil.“

7. § 7 Abs. 3 Satz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Bekanntgabe über das webbasierte Campus-Management-System oder durch Aushang ist ausreichend.“

8. § 8 wird wie folgt neu gefasst:

#### **„§ 8**

#### **Anerkennung von Prüfungsleistungen und außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen**

Die Anerkennung von Prüfungsleistungen und außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen regelt die Hochschule in einer eigenen Ordnung.“

9. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 7 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:  
„Die Bekanntgabe über das webbasierte Campus-Management-System oder durch Aushang ist ausreichend.“
- b) Absatz 8 werden folgende Sätze angefügt:  
„Für die Absolventen eines Semesters bilden die Absolventen der unmittelbar vorhergehenden Semester die maßgebliche Vergleichsgruppe. In diese Vergleichsgruppe werden so viele Semester einbezogen, dass mit dem letzten einbezogenen Semester die Zahl von 100 Absolventen erreicht oder überschritten wird. Solange in dem Studiengang die benötigte Zahl von 100 Absolventen nicht erreicht wird, wird die Vergleichsgruppe um Absolventen fachlich verwandter Bachelorstudiengänge der Hochschule Niederrhein erweitert.“

10. In § 11 werden Absatz 1 Satz 3 und die Absätze 3 bis 5 gestrichen.

11. § 12 Abs. 2 wird nach Satz 1 wie folgt neu gefasst:

„Zum Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit muss der Prüfling eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit einreichen. Bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsunfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen, kann der Prüfungsausschuss auf Kosten der

Hochschule die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung eines von ihm benannten Vertrauensarztes verlangen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird dem Prüfling mitgeteilt, dass er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann. Die Bekanntgabe über das webbasierte Campus-Management-System ist ausreichend.“

**12. § 14** wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 werden die Worte „Vorsitzenden des Prüfungsausschusses“ durch das Wort „Prüfungsausschuss“ ersetzt.
- b) Absatz 6 Buchst. c wird wie folgt neu gefasst:  
„c)der Prüfling an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder die Prüfung, zu der er die Zulassung beantragt, an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem Studiengang endgültig nicht bestanden hat, der eine erhebliche inhaltliche Nähe zu dem hier geregelten Studiengang aufweist.“
- c) Absatz 7 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:  
„Die Bekanntgabe über das webbasierte Campus-Management-System ist ausreichend.“

**13. § 15** Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Bekanntgabe über das webbasierte Campus-Management-System oder durch Aushang ist ausreichend.“

**14. § 16** wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Klausurarbeiten können mit Zustimmung des Prüfungsausschusses computergestützt durchgeführt werden. In diesem Fall muss sichergestellt werden, dass

1. die elektronischen Daten eindeutig und dauerhaft den Prüflingen zugeordnet werden können,
2. die Prüfungsunterlagen des Prüflings für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Erstellung der elektronischen Klausurarbeit archiviert werden.

Die Durchführung der Prüfung muss so gestaltet werden, dass die Prüflinge durch die Art der Prüfungsdurchführung nicht in erheblicher Weise beeinträchtigt werden und insbesondere über die Art der Prüfungsdurchführung vor Prüfungsbeginn in geeigneter Weise informiert werden.“

**15. § 17** wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Eine mündliche Prüfung kann in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Prüfungsausschusses

1. zur Beteiligung externer Prüfer sowie
2. im Falle von Prüfungen für zwischenzeitlich nicht am Hochschulort befindliche Studierende auch vermittels eines geeigneten Systems im Wege der Bild- und Tonübertragung durchgeführt werden, soweit der Prüfling diesem Verfahren zustimmt; am Ort des Prüflings ist gegebenenfalls eine neutrale Aufsichtsperson zu beteiligen, um die ordnungsgemäße Prüfungsdurchführung zu gewährleisten.“

**16. § 19** wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „den“ durch die Worte „mindestens zwei“ ersetzt.
- b) Folgender Absatz 7 wird angefügt:  
„(7) § 16 Abs. 6 gilt entsprechend.“

**17. § 20** wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Es“ durch das Wort „Sie“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:  
„(2) Die Praxisphase wird im Vollzeitstudiengang in der Regel im fünften oder sechsten Semester, im dualen Studiengang Wirtschaftsinformatik in der Regel im sechsten oder siebten Semester abgeleistet. Sie umfasst in der Regel einen Zeitraum von zehn Wochen und kann auch in Teilen absolviert werden. Die Praxisphase kann auch im Ausland absolviert werden. Abweichend von Satz 2 werden im dualen Studiengang Steuern und Wirtschaftsprüfung insgesamt drei Praxisphasen abgeleistet. Die drei einzelnen Praxisphasen umfassen jeweils einen Zeitraum von vier Wochen und finden jeweils im fünften, sechsten und siebten Semester

statt.“

- c) Absatz 6 Satz 4 wird wie folgt neu gefasst:  
„Nach Beendigung sind die in der Praxisphase gemachten Erfahrungen in einem schriftlichen Bericht zusammenzufassen und dem betreuenden Professor spätestens sechs Wochen, im dualen Studiengang Steuern und Wirtschaftsprüfung zusätzlich in einer elektronischen Fassung spätestens zwei Wochen nach dem im Zulassungsbescheid festgelegten Enddatum vorzulegen.“
  - d) In Absatz 7 Satz 2 werden die Worte „regelmäßige und“ gestrichen.
  - e) Absatz 9 wird wie folgt neu gefasst:  
„(9) Für die erfolgreiche Ableistung der Praxisphase werden 15 Kreditpunkte zuerkannt. Abweichend von Satz 1 werden im dualen Studiengang Steuern und Wirtschaftsprüfung für die erfolgreiche Ableistung jeder einzelnen Praxisphase fünf Kreditpunkte zuerkannt.“
- 18.** In § 22 Abs. 4 Satz 1 werden vor dem Punkt am Ende des Satzes ein Komma und die Worte „abweichend hiervon im dualen Studiengang Betriebswirtschaft 50 DIN-A4-Seiten (ohne Anlagen)“ eingefügt.
- 19.** § 23 Abs. 4 Satz 2 Buchst. c wird wie folgt neu gefasst:  
„c) der Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder eine entsprechende Bachelorarbeit in einem Studiengang endgültig nicht bestanden hat, der eine erhebliche inhaltliche Nähe zu dem hier geregelten Studiengang aufweist.“
- 20.** In § 24 Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Punkt am Ende des Satzes ein Komma und die Worte „abweichend hiervon im dualen Studiengang Betriebswirtschaft höchstens 15 Wochen“ eingefügt.
- 21.** In § 25 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „CD-ROM-Datenträger“ durch die Worte „geeigneten elektronischen Datenträger“ und die Worte „Vorsitzenden des Prüfungsausschusses“ durch das Wort „Prüfungsausschuss“ ersetzt.
- 22.** In § 27 Abs. 2 werden in Satz 2 die Worte „oder den endgültigen Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 11 Abs. 3“ und in Satz 4 die Worte „oder seinen Prüfungsanspruch gemäß § 11 Abs. 3 verloren“ gestrichen.
- 23.** § 28 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird nach Satz 1 wie folgt neu gefasst:  
„Das Zeugnis enthält die Bewertungen und zugeordneten Kreditpunkte aller Module, einen Hinweis auf das abgeleistete Praxis- oder Auslandsstudiensemester, das Thema und den Namen des Betreuers der Bachelorarbeit und die Gesamtnote der Bachelorprüfung. Alle Noten werden in der Schriftform und in der Dezimalform angegeben. Ist eine Prüfungsleistung außerhalb der Hochschule Niederrhein erbracht und gemäß § 8 anerkannt worden, wird dies bei den entsprechenden Modulen vermerkt.“
  - b) In Absatz 3 werden die Worte „Deutsch-Französische Studienprogramm Internationales Marketing und das“ und die Worte „in Colmar“ gestrichen.
  - c) Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:  
„Im Transcript of Records wird unter anderem die für den Absolventen gemäß § 10 Abs. 8 errechnete ECTS-Note ausgewiesen.“
- 24.** § 33 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:  
„(4) Nach alter Prüfungsordnung erbrachte Prüfungsleistungen, die Prüfungsleistungen nach neuer Prüfungsordnung entsprechen, werden auf das Studium nach neuer Prüfungsordnung übertragen. Im Übrigen gelten für erbrachte Prüfungsleistungen die Regelungen der Anerkennungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge der Hochschule Niederrhein.“
- 25.** Anlage IV wird gestrichen; die bisherige Anlage V wird Anlage IV.

## **Artikel II**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Niederrhein (Amtl. Bek. HN) in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrates des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften vom 10. November 2016 und der Feststellung der Rechtmäßigkeit durch das Präsidium der Hochschule Niederrhein vom 29. November 2016.

Mönchengladbach, den 7. Dezember 2016

Der Dekan  
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften  
der Hochschule Niederrhein  
Prof. Dr. rer. nat. Siegfried Kirsch